

Per E-Mail an:

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN)
Herrn Bundesminister Carsten Schneider

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH)
Herrn Bundesminister Alois Rainer

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE)
Frau Bundesministerin Katherina Reiche

Sitz der Geschäftsstelle: Bornheimer Landwehr 46HH
60385 Frankfurt

Sitz des Vereins: Berlin

Geschäftsführung: Tabea Knickel

Telefon: +49 (0) 171 2269 953

E-Mail: info@deutsche-phosphor-plattform.de

Webseite: www.deutsche-phosphor-plattform.de

Steuernummer: 014/255/158937

Frankfurt, 01.07.2026

Nährstoffkreisläufe schließen – Versorgung sichern

Stellungnahme zur dringenden Beschleunigung der Phosphorrückgewinnung in Deutschland und zur konsequenten Umsetzung der Klärschlammverordnung

Sehr geehrter Herr Bundesminister Schneider,
sehr geehrter Herr Bundesminister Rainer,
sehr geehrte Frau Bundesministerin Reiche,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Deutsche Phosphor-Plattform DPP e.V. begrüßt ausdrücklich den Beschluss der 106. Umweltministerkonferenz vom 8. Mai 2026, die Phosphorrückgewinnung zu stärken und die hierfür notwendigen rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen zügig weiterzuentwickeln. Die im Beschluss enthaltenen Maßnahmen – unter anderem zur Weiterentwicklung des Düngemittelrechts und zur Unterstützung des Markthochlaufs der Phosphorrückgewinnung – stellen hierfür wichtige Weichen. Diese Zielsetzung unterstützen wir ausdrücklich. Nun gilt es, die beschlossenen Maßnahmen gemeinsam und ressortübergreifend umzusetzen.

Die Rückgewinnung von Phosphor aus kommunalen Klärschlämmen muss in Deutschland deutlich beschleunigt und flächendeckend umgesetzt werden. Phosphor ist eine unverzichtbare Ressource für die Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit, gleichzeitig ist er ein endlicher Rohstoff mit hoher strategischer Bedeutung. Deutschland ist gefordert, seine Abhängigkeit von importierten Phosphorquellen zu reduzieren, eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft aufzubauen und damit einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherheit in Deutschland und Europa zu leisten. Die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie stellt fest, dass lebensnotwendige Nährstoffe wie beispielsweise Phosphor noch zu wenig wiedergewonnen werden. Auch die Rohstoffstrategie der Bundesregierung sieht große Recyclingpotenziale in der Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm, um die Landwirtschaft mit Phosphatdünger zu versorgen und sich von Importen unabhängiger zu machen.

Mit der Novelle der Klärschlammverordnung aus dem Jahr 2017 wurde ein wichtiger politischer Rahmen geschaffen. Die darin verankerte Verpflichtung zur Phosphorrückgewinnung stellt einen zentralen Baustein für eine zukunftsfähige Ressourcenpolitik dar. Auch auf europäischer Ebene werden im Zuge der Kommunalabwasserrichtlinie (KARL) wichtige Impulse für einen nachhaltigeren Umgang mit Abwasser und den darin enthaltenen Ressourcen gesetzt. Diese Vorgaben müssen nun konsequent in die Umsetzung gebracht werden.

Die Umsetzung der Phosphorrückgewinnung wird derzeit insbesondere durch fehlende Investitions- und Planungssicherheit, fehlende großtechnische Referenzanlagen (im Regelbetrieb), ungeklärte Finanzierungsmechanismen sowie noch unzureichend entwickelte Markt- und Anerkennungsstrukturen für Phosphorrezyklate gebremst.

Aus unserer Sicht ist es dringend erforderlich, dass die zuständigen Ressorts über dauerhaft handlungsfähige und fachlich kompetent ausgestattete Strukturen verfügen. Hierzu gehört auch die zeitnahe Besetzung vakanter Schlüsselpositionen. Nur mit klaren Verantwortlichkeiten und ausreichenden personellen Kapazitäten kann die weitere Umsetzung der notwendigen Maßnahmen gewährleistet werden.

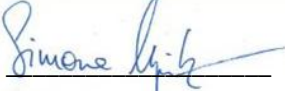
Der Ausbau der Phosphorrückgewinnung sollte zügig erfolgen. Dabei gilt es, einerseits den Markthochlauf geeigneter Verfahren zu ermöglichen und andererseits durch großtechnische Referenzanlagen wichtige Erfahrungen für die weitere Umsetzung zu gewinnen.

Die Herausforderungen bei der Phosphorrückgewinnung sind komplex und betreffen Umwelt-, Rohstoff-, Agrar-, Industrie- und Energiepolitik gleichermaßen. Die Bundesministerien für Umwelt, Wirtschaft und Landwirtschaft sollten daher interdisziplinär daran arbeiten, eine gemeinsame, abgestimmte Strategie für eine nachhaltige, wirtschaftlich tragfähige und langfristig verlässliche Phosphorrückgewinnung in Deutschland zu entwickeln. Dazu gehören verlässliche Rahmenbedingungen, Investitionssicherheit, die Förderung innovativer Verfahren sowie eine enge Zusammenarbeit mit Kommunen, Abwasserwirtschaft, Forschung und Industrie.

Deutschland hat mit der Klärschlammverordnung einen wichtigen Schritt gemacht, technologische Lösungen für die Phosphorrückgewinnung stehen bereit. Auch die 106. Umweltministerkonferenz hat deutlich gemacht, dass die Phosphorrückgewinnung nun entschlossen vorangebracht und die hierfür erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen zügig weiterentwickelt werden müssen. Jetzt gilt es, diesen Weg konsequent fortzusetzen und politische Zielsetzungen in konkretes Handeln zu überführen.

Wir appellieren daher an die zuständigen Ministerien, gemeinsam die notwendigen organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen und eine tragfähige Strategie für die Umsetzung der Phosphorrückgewinnung in Deutschland auf den Weg zu bringen. Ziel muss sein, Investitions- und Planungssicherheit zu schaffen, praktikable Übergangslösungen für noch nicht verwertbare Aschen zu ermöglichen, die erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen – einschließlich einer zügigen Anpassung des Düngemittelrechts – weiterzuentwickeln sowie einen technologieoffenen, wirtschaftlich tragfähigen und flächendeckenden Markthochlauf der Phosphorrückgewinnung zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen



Simone Apitz

1. Vorsitzende DPP e.V.



Matthias Hoyer

stellv. Vorsitzender DPP e.V.